

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pptn d



Inhalt

William Borm zum 70. Geburtstag von Willy Brandt.
Seite 1

Dr. Axel Wernitz MdB,
Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: Grünes Licht für die Volkszählung.
Seite 3

Dr. Claus Arndt befaßt sich mit der Lage in der Türkei: Zivile Regierung, aber militärischer Ausnahmezustand.
Seite 5

Dr. Alfred Emmerlich, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt die aus dem Amt geschiedene NRW-Justizministerin Inge Donnep: Eine engagierte Rechtspolitikerin.
Seite 7

38. Jahrgang / 240

15. Dezember 1983

Das Werk vollenden

Willy Brandt zum 70. Geburtstag
Von William Borm

Willy Brandt wird siebzig Jahre. Wer seit 25 Jahren seinen Lebensweg nicht nur von der Ferne her beobachtet, sondern gemeinsam mit ihm nach bestem Wissen und Gewissen für wahre Demokratie in unserer Bundesrepublik Deutschland gestritten hat und noch weiterhin streitet, weiß um sein Ringen und seine Leistung. Parteien machen es denen, die an herausragender Stelle stehen, niemals leicht, die Sozialdemokratie schon gar nicht. Willy Brandt ist den Anfechtungen nicht erlegen, von denen niemand verschont bleibt, dem Politik in erster Linie harte Arbeit bedeutet und eine Aufgabe, die nicht im Eigeninteresse, auch nicht im Parteiinteresse gelöst werden muß, sondern im Interesse des Staates, dem man dient. "Mehr Demokratie wagen", so postulierte der neugewählte Bundeskanzler. Dem Ganzen zu dienen, nicht nur einem seiner Teile, darin unterscheidet sich der Staatsmann vom Ehrgeizling, der im Interesse seiner selbst jedem nach dem Munde redet.

Der Jubilar - man scheut sich, ihn als solchen zu bezeichnen - ist ein Staatsmann. Die wohlverdiente Ehrung durch den Nobelpreis für seinen Dienst am Frieden ist das äußere Merkmal. Ebenso wichtig, wenn nicht noch bedeutsamer ist die Achtung, die er weltweit genießt. Seine Verdienste als Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen sind Dienst an der Menschheit. Zukunft hat diese nur, wenn es gelingt, den Frieden zu wahren. Dieser Aufgabe hat er sich verschrieben. Er weiß, daß damit die Schicksalsfrage schlechthin gestellt ist. Die Kräfte der Reaktion, die Anbeter der Gewalt mäkeln voller Häme, sie fürchten ihn und seine Arbeit, das gereicht ihm zur Ehre.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Printed in Germany
maximale Rabatte
Rechnungsfrei



Es war im Jahre 1963, als nach dem Wiedereinzug meiner damaligen Partei in das Abgeordnetenhaus von Berlin der Regierende Bürgermeister und Vorsitzende der dortigen SPD, Willy Brandt, mit mir, dem Vorsitzenden der FDP, eine Koalition bildete, die der Teil-Stadt West-Berlin gemäß war. Es war der gemeinsame Wille, eine gleichartige sozialliberale Regierung auch in Bonn zu bilden. Dies gelang erst im Jahr 1969. Erstmals wurde ein Sozialdemokrat Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die herausragende Leistung von Willy Brandt war der Abschluß der Ostverträge und der Grundlagenvertrag mit der DDR. Beide mußten gegen erbitterten Widerstand erkämpft werden. Damit war eine lange überfällige, der Befriedung unserer deutschen Nation sowie Europas dienende Basis geschaffen, die sich bisher als tragfähig erwiesen hat. Ebenso hoch ist neben dem Staatsmann der Mensch Willy Brandt zu werten, der nach dem Grauen der Hitlerzeit durch seinen Kniefall in Warschau die innere Abkehr von der Vergangenheit und den Willen zu einer besseren Zukunft vor aller Welt sichtbar dokumentierte.

Das Werk Willy Brandts ist unvollendet. Innenpolitisch stellt sich heute wiederum die Frage nach einem neuen Reformbündnis, nachdem die ewig Gestrigen die Zeitenuhr zurückdrehen. Der Überwachungsstaat ist technisch möglich geworden und niemand sollte sich täuschen, diese Technik wird eingesetzt, wenn nicht die Sozialdemokratie stark genug ist, es zu verhindern. Seine Partei dafür zu motivieren und zu befähigen, das kann derzeit nur ihr Vorsitzender. Außenpolitisch harrt eine weitere Aufgabe seiner: eine den wahren Interessen Europas und dem Frieden dienende neue Sicherheitspolitik ist zu konzipieren, sie ist innerparteilich durchzusetzen, die deutsche Öffentlichkeit ist aufzuklären und dafür zu gewinnen. Eine dementsprechende Mehrheit wird es nur geben, wenn die Schande unserer Zeit, die unwürdige Massenarbeitslosigkeit, nicht nur gemildert, sondern für alle Zukunft ausgemerzt ist. Der Aberglaube, daß dies durch Bevorzugung nur der einen Seite möglich sei - des Kapitals - und der andere Aberglaube, es könne durch ein quantitatives Wachstum ohne Grenzen geschehen, anstatt durch Förderung der Qualität - beide müssen überwunden werden.

Willy Brandt hat Höhen erlebt und Tiefen, eines hat er bereits heute bewiesen, daß es Glaubwürdigkeit geben kann, auch in der Politik. Auch kann er umdenken. Manch einer begibt sich mit 70 Jahren auf das Altenteil. Ein Politiker, der noch große Aufgaben vor sich hat, darf es nicht. Der Mensch Willy Brandt will es auch nicht, er will und muß das begonnene Werk zu Ende führen.

Dem bewährten Staatsmann wie gleichermaßen dem noblen Menschen wünschen seine Freunde die dazu erforderliche Kraft.
(-/15.12.1983/ks/rs)

+ + +



Grünes Licht für die Volkszählung

Die Karlsruher Entscheidung ermöglicht die Voraussetzung für eine vorausschauende Politik

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Mit seiner heutigen Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht sich in der Substanz hinter das Institut der Volkszählung gestellt. In Verbindung mit den erteilten Auflagen steht damit das Signal für die Volkszählung prinzipiell wieder auf Grün. Das Karlsruher Urteil kann von allen, die über der Tag hinausdenken und sich den Blick für das notwendige Instrumentarium eines modernen Staates bewahrt haben, nur begrüßt und mit großer Erleichterung zur Kenntnis genommen werden.

Die Volkszählung ist und bleibt die einzige statistische Erhebung in der Bundesrepublik Deutschland, die eine nahezu vollständige Bestandsaufnahme der Bevölkerung erbringt. Zugleich liefert sie umfassende Informationen zur Struktur und zur regionalen Verteilung der Bevölkerung, Haushalte und Familien, zur Erwerbsbeteiligung, zur beruflichen und sozialen Stellung sowie zur Wohnsituation. Mit dem Instrument der Stichproben sind die erforderlichen Daten nicht zu erzielen. Die Volkszählung bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung für vorausschauende und vorausplanende Politik.

Gerade in Zeiten knappen Geldes ist es doppelt wichtig, daß für die Politik möglichst genaue und aktuelle Angaben verfügbar sind; um Fehlinvestitionen zu vermeiden und die von der Verfassung und den Gesetzen her gegebenen Aufgaben für die Bürger erfüllen zu können.

Jetzt geht es darum, unverzüglich die Konsequenzen aus dem Karlsruher Spruch zu ziehen und auf dieser Grundlage das Volkszählungsgesetz neu zu fassen und die Zählung zum dann nächstmöglichen Termin durchzuführen.

Die einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1983 brachte zwar zunächst den Stopp für die Volkszählung; schuf aber in der Tat keinen endgültigen und irreparablen Zustand. Die achtmonatige Besinnungspause hat ohne Zweifel geholfen, das Thema Volkszählung aus der damaligen Atmosphäre der Emotionen herauszunehmen. Gegner und Befürworter haben damit beide die Chance für eine rationale Auseinandersetzung und Überprüfung ihrer Positionen bekommen. In Verbindung mit dem jetzt ergangenen Urteil sollte es möglich sein, für die künftige Volkszählung in der Öffentlichkeit einen großen gemeinsamen Nenner zu finden. Eine optimale Akzeptanz der Volkszählung durch die Bevölkerung wäre wegen der höheren und zuverlässigen Qualität der Ergebnisse im nachhinein die inzwischen erheblich höheren Mittel wohl wert.



Von den bisherigen Gegnern der Volkszählung muß erwartet werden, daß auch sie das Urteil respektieren. Die Verantwortlichen in Executive und Legislative müssen ihrerseits dafür sorgen, daß die ergangenen Auflagen peinlich genau beachtet und umgesetzt werden. Das gilt in erster Linie für die Verwirklichung des Prinzips der strengen Trennung von Statistik und Verwaltung, insbesondere die Versagung des Abgleichs von Daten aus der Volkszählung mit den Melderegistern. Bei den früheren parlamentarischen Beratungen ist dies sehr wohl erkannt und problematisiert worden. Aus der Interessenlage der Länder war bisher dieser Abgleich als unverzichtbar stets eingefordert worden. Ein Volkszählungsgesetz ohne eine entsprechende Regelung hätte seinerzeit den Bundesrat vor dem jetzigen Karlsruher Urteil nie passiert. Die vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Verfassungswidrigkeit der vorgesehenen Gesetzesbestimmungen schafft nunmehr für alle Beteiligten klare Verhältnisse.

Die Bundesregierung und der Bundesinnenminister sollten über das Karlsruher Urteil zum Volkszählungsgesetz hinaus das vom Verfassungsgericht gesetzte Signal in Sachen Persönlichkeitsrechte und Datenschutz nicht überhören. Es hat auch Bedeutung für die anstehende Diskussion zum Personalausweisgesetz. Es wäre geradezu unverantwortlich, wenn die Bundesregierung sich zum Beispiel über das einstimmige Votum der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hinwegsetzen würde. Nach den Erfahrungen mit dem Volkszählungsgesetz ist der Bundesregierung dringend zu raten, die datenschutzrechtliche Nachbesserung des Personalausweisgesetzes entschlossen anzugehen. Die SPD-Fraktion macht sich die Forderungen der Datenschutzbeauftragten voll zu eigen.

(-/15.12.1983/ks/rs)

+ + +



Noch kein demokratischer Staat

In der Türkei gilt der Ausnahmezustand der Militärs auch noch unter der Zivilregierung

Von Dr. Claus Arndt

In der vergangenen Woche endete formal die Alleinherrschaft des Militärs in der Türkei, als das aus den Wahlen hervorgegangene Parlament sich konstituierte. Ebenso wie vom demokratischen Standpunkt viel über diese Wahlen zu sagen wäre, kann man die Türkei auch heute noch keineswegs als einen demokratischen Staat in unserem Verständnis ansehen. Wir können sehr zufrieden sein, wenn sich die Hoffnungen vieler Menschen innerhalb und außerhalb der Türkei erfüllen und die Entwicklung der letzten Tage und Wochen sich auf die Dauer als ein Schritt in der richtigen Richtung - das heißt zur vollen Demokratie in unserem, dem westlichen Sinne - erweist.

Zahlreiche Gespräche in der ersten Wochen nach dem Ende der Kriegsrechtsherrschaft mit den jetzt zu arbeiten beginnenden Politikern vor allem der demokratischen Linken haben gezeigt, welch weiter Weg noch zurückgelegt werden muß, ehe die innere Verfassung unseres türkischen Verbündeten in der NATO der der übrigen Bündnispartner entspricht. Gleichwohl gibt es viele Politiker und Gewerkschafter, die mit großem Engagement und viel Idealismus jetzt an die Arbeit gehen, um die Türkei einer freiheitlichen und demokratischen Zukunft entgegenzuführen. Sie verdienen jede Unterstützung von uns.

Eines der dunkelsten Kapitel auch in der türkischen Gegenwart ist der Einsatz von Militärgerichten, vor denen Handlungen als Straftaten bewertet werden, die in jedem freiheitlich-demokratischen Staat als ganz normale politische oder gewerkschaftliche Betätigung jedermanns gutes Recht sind. Zwar gibt es jetzt wieder eine zivile Regierung. Gleichwohl ist der militärrechtliche Ausnahmezustand erst einmal um vier Monate verlängert worden. Und so werden die Militärprozesse - wie zum Beispiel das Verfahren gegen den überwiegend in unserem Verständnis sozialdemokratisch orientierten Vorstand der Gewerkschaft DISK in der Turnhalle des berüchtigten Militärgefängnisses Metris bei Istanbul - unbeirrt fortgesetzt.

Es irritiert den Herrn Militärstaatsanwalt keineswegs, wenn er die gleichen Angeklagten in einem Atemzug anarchosyndikalistischer und stalinistisch-kommunistischer Aktivitäten beschuldigt. Woher soll er auch wissen, welch gegensätzliche und gegnerische Strömungen er hier in einen Topf wirft. Kommt das Wort "Arbeiterklasse" in einer Broschüre vor, so ist dies der "Beweis" dafür, daß die betreffende Gewerkschaft "den Klassenkampf" und "damit die Zerstörung der Identität des türkischen Staates" anstrebe. Dies heißt nicht jede Äußerung oder Aktivität früherer Vorstände der Gewerkschaft DISK, die bei der Machtübernahme des Militärs längst abgelöst waren, zu billigen, wenn man eine solche Militärrechtspflege nur als Verhöhnung jedes freiheitlichen und demokratischen Denkens bezeichnen kann. Dies um so mehr, als nur zu viele Angeklagte und Verteidiger immer wieder von Folterungen berichten.



Es stimmt nur wenig tröstlich, wenn der (zivile) Generaldirektor der Strafrechtsabteilung des Justizministeriums zwar "einzelne Folterungsfälle" nicht bestreitet, aber mit Nachdruck erklärt, Folterungen seien jedenfalls "nicht Staatspolitik der türkischen Republik". Man wird ihn gerade auch in Zukunft beim Wort nehmen müssen, wenn er sich bereit erklärt, jeden ihm bekanntwerdenden Fall von Folterungen in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren zu verfolgen.

Es kann auch den jetzt vor den Militärgerichten stehenden Demokraten und Gewerkschaftern nur helfen, wenn sie in ihren Verhandlungssälen immer öfter ausländische Delegationen sehen, die allein durch ihre Anwesenheit den Militärrichtern zeigen, daß sie ihre Tätigkeit nicht unbeobachtet von der Weltöffentlichkeit ausüben können. Nach den Vertretern des Internationalen Arbeitsamtes der UNO, nach Heinz Klunker, dem Präsidenten der Internationale der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, Heinz Oskar Vetter für den Europäischen Gewerkschaftsbund, Hellmut Sieglerschmidt für das Europäische Parlament und nach Ottmar Schreiner und mir für den Parteivorstand der SPD sollten noch viele Menschen immer wieder demonstrativ an den Verhandlungsstätten erscheinen.

Die Demokraten in den Ländern der westlichen Bündnispartner der Türkei sollten mit aufmerksamer und tätiger Solidarität den freiheitlichen Kräften der Türkei zur Seite stehen, damit die NATO auch an dieser Stelle ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnt und in Zukunft glaubwürdig bleibt, wurde sie doch - wie es im Vorspruch ihres Gründungsvertrages heißt - ins Leben gerufen, um die freiheitliche innere Ordnung ihrer Mitgliedstaaten zu schützen und zu bewahren.

(-/15.12.1983/ks/rs)

+ + +



Eine engagierte Rechtspolitikerin

Inge Donnepp zum Abschied aus dem Amt des NRW-Justizministers

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Als Inge Donnepp im Februar 1978 das Amt des Justizministers in Nordrhein-Westfalen übernahm, war sie die erste Justizministerin in der Bundesrepublik Deutschland. Sie übernahm damals die politische Verantwortung für einen auch heute noch besonders stark von Männern dominierten Bereich. Kein Wunder, daß ihren Amtsantritt auch - vorwiegend männliche - Skepsis und Sorge begleitete. Diese Befürchtungen wurden von Inge Donnepp schnell widerlegt. Durch ihre von Pflichtbewußtsein und Sorgfalt, von Sachkenntnis und Geradlinigkeit geprägte Arbeit erwarb sie sich innerhalb von kurzer Zeit das Vertrauen der Justiz und der Öffentlichkeit. Dabei ist ihr sicherlich zugute gekommen, daß sie vor ihrer ersten Berufung in hohe Staatsämter die Probleme der Justiz zunächst als Rechtsanwältin, später als Sozialrichterin kennengelernt hat und daher auch auf einen reichen Schatz praktischer Erfahrungen zurückgreifen konnte.

Inge Donnepp hat die allseits anerkannte Arbeit ihrer beiden Amtsvorgänger Josef Neuberger und Diether Posser fortgeführt. Ihre Aufgabe war es, die von ihren beiden Vorgängern nach der Übernahme der Regierungsverantwortung der SPD in Nordrhein-Westfalen eingeleiteten Reformen zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. Dies ist ihr in den fünfeneinhalb Jahren ihrer Tätigkeit als Justizministerin in beispielhafter Weise gelungen. Dabei hat sie sich durch die zunehmenden Finanznöte der öffentlichen Hand und die steigende Belastung der Justiz - beide Umstände drohten jegliche Reformbemühungen im Keime zu ersticken - nicht entmutigen lassen. Stattdessen hat sie sich beharrlich für eine Fortsetzung der Rechtsreformpolitik eingesetzt, mit Augenmaß und dem Gespür für das Machbare und Mögliche. Erinnerung sei vor allem an ihr Engagement für die Reform der Juristenausbildung, für eine Verbesserung des Strafvollzugs, für einen quantitativen und qualitativen Ausbau der Bewährungshilfe und an ihre Bemühungen, alternative Möglichkeiten zur Streiterledigung- und -schlichtung zu entwickeln und zu beleben.

Das eher geräuschlose, von großer persönlicher Bescheidenheit geprägte Wirken Inge Donnepps unterstreicht, daß sie eine würdige Nachfolgerin ihrer beiden Amtsvorgänger war und wie erfolgreich sie das Justizministerium in Nordrhein-Westfalen in schwieriger Zeit geführt und geleitet hat. Inge Donnepp hat die Tradition fortschrittlicher und zugleich solider sozialdemokratischer Rechtspolitik aufgenommen und weitergetragen. Dafür sind ihr Dank und Anerkennung weit über den Kreis der Rechtspolitiker hinaus in der Vergangenheit zuteil geworden und auch in der Zukunft sicher.

(-/15.12.1983/ks/rs)

+ + +

